



Beschluss der 31.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Wunsiedel vom 19. bis 21. Oktober 2012

Feuer frei gegen das Rüstungs- und Waffenland Bayern

Für die Grüne Jugend Bayern ist ein kritischer Umgang mit Waffen eine Selbstverständlichkeit. Wir lehnen grundsätzlich den Einsatz von tödlichen Waffen ab, denn eine tödliche Waffe steht immer dem friedlichen Zusammenleben gegenüber.

Der Einsatz und Export von Waffen ist jedoch ein Thema, das landespolitisch kaum bearbeitet werden kann, mit Ausnahme einiger Punkte, an denen wir ansetzen möchten.

1. Forschung

Die wohl wichtigste Verantwortung auf Landesebene gilt für die Forschung, die sich nach den Vorstellungen der Grünen Jugend Bayern auf die zivile Forschung beschränken sollte.

Deshalb fordern wir die Aufnahme von Zivilklauseln bei sämtlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen.

2. Waffenexporte und Waffenproduktion

Bayern ist mit Konzernen wie EADS, Krauss Maffei, Eurocopter oder Diehl einer der größten Rüstungsstandorte Deutschlands und ist somit stark an den Waffenexporten beteiligt, die Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt machen.

Die Grüne Jugend Bayern fordert, Rüstungsgüter stark finanziell mehr zu belasten um einen Umstieg auf rein zivile Güter zu begünstigen.

3. Waffenbesitz

3.1. Illegale Waffen

Bei einer nicht unerheblichen Anzahl an Waffen, die es in Deutschland gibt, handelt es sich um illegale Waffen, von denen viele noch aus dem zweiten Weltkrieg stammen. Über diese Waffen müsste die Waffenrechtsbehörde im zuständigen Kreisverwaltungsamt oder die Polizei umgehend informiert werden um sie abzuholen, die Realität sieht aber anders aus.

Die positiven Erfahrungen, die im Zeitrahmen der letzten Amnestieregelung für die Abgabe illegaler Waffen gemacht wurden, möchten wir wiederholen und setzen uns deshalb für eine Erneuerung der Amnestieregelung ein.

Des Weiteren fordert die Grüne Jugend Bayern gezielt illegale Waffen einzutreiben, beispielsweise durch Aufrufe und Kampagnen von Seiten der Landratsämter und der Landesregierung.

3.2. Legale Waffen

Aber auch bei den legalen Waffen sehen wir Nachholbedarf. Der Gebrauch von Schusswaffen darf nicht als Sport betrachtet werden. Zu viele Amokläufe wurden mit Hilfe der Schusswaffe eines Elternteils durchgeführt. Hierbei helfen auch Waffenschränke nur bedingt. Die Grüne Jugend Bayern fordert stärkere Regulierungen für den privaten Schusswaffenbesitz: wie fordern eine Bundesratsinitiative, die die private Lagerung von Schusswaffen grundsätzlich verbietet und sie nur noch in stark gesicherten, eigens dafür vorgesehenen Räumen erlaubt – um dies durchzusetzen fordern wir regelmäßige verdachtsunabhängige Kontrollen.

Beschluss der 31. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Wunsiedel (Oktober 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



Die Waffenbehörden und alle Kosten die in der Verwaltung des privaten Waffenbesitzes entstehen sollen komplett aus einer Abgabe finanziert werden, die von allen Waffenbesitzer*innen in Bayern regelmäßig zu entrichten ist.

4. Die Bedeutung der Waffe in der Gesellschaft

Einer Waffe muss das Ansehen genommen werden, dass sie in der Gesellschaft hat. Die Grüne Jugend Bayern fordert, in Kindergärten, Schulen und Jugendvereinen verstärkt über tödliche Waffen aufzuklären und gegen die Verharmlosung von Waffen vorzugehen, indem beispielsweise Spielzeugwaffen nicht länger zur Verfügung stehen.

Außerdem ist der Verkauf von so genannten Softgun-Waffen zu stoppen. Solche Waffen, die derzeit je nach Stärke auch von minderjährigen Menschen erworben werden können senken die Hemmschwelle zum tatsächlichen Gebrauch von tödlichen Schusswaffen, da mit ihnen in der Hand in der Regel auf Mitmenschen gezielt und geschossen wird.

5. Einsatz von Waffen durch die Polizei

Schusswaffengebrauch durch die Polizei findet in Bayern sehr selten statt. Die Zahl tödlicher Schüsse durch Polizist*innen ist bundesweit jährlich regelmäßig nur einstellig. Dennoch findet auch in Bayern Ausübung unmittelbaren Zwangs durch Schusswaffengebrauchs statt, der im Nachhinein Fragen offen lässt. Ereignisse wie der Fall des Tennese Eisenbergs, der durch mehrere Schüsse von Polizist*innen getötet würde, müssen auf jeden Fall durch völlig unabhängige Instanzen mit höchster Transparenz vollständig untersucht werden.

Die Grüne Jugend Bayern fordert, dafür in Bayern eine unabhängige Behörde zu schaffen.

Ein besorgniserregender weltweiter Trend ist jedoch die in den letzten Jahren stark wachsende Tendenz, Polizist*innen statt, oder zusätzlich zu tödlichen Schusswaffen, mit sogenannten „nicht-tödlichen Waffen“, wie z.B. Pfefferspray, Gummi-, Sandgeschossen, Tasern, Schlagstöcken oder Wasserwerfern auszustatten. Zu beachten dabei ist jedoch, dass auch diese Waffen unter gewissen Umständen tödliche Wirkung haben können.

Angeblich gedacht als Alternative zum Gebrauch tödlicher Schusswaffen, um ggf. eine Person kampfunfähig machen zu können, besteht mit dem Ziel, eine Schädigung des Gegenübers zu erzielen, auch das Risiko der Tötung. Aber mit der angenommenen geringeren „Gefährlichkeit“ sinkt auch drastisch die Hemmnis, solche Waffen einzusetzen. Der Einsatz von Pfefferspray – gerade in Protestsituationen – ist beispielsweise oft genug fragwürdig.

Die Grüne Jugend Bayern fordert, auf den Einsatz sogenannter nicht-tödlicher Waffen weitestgehend zu verzichten, ihren Einsatz an die Reglementierung des Gebrauch von Schusswaffen anzupassen und die Behandlung dieser Waffen in Bezug auf Ausbildung und Einsatzvorschriften nicht zu vernachlässigen.

Insbesondere chemische Reizstoffe („Tränengas“) verursachen häufig schwere gesundheitliche Schäden – wir fordern eine stoffspezifische Überprüfung solcher Substanzen, die zu einem Verbot gefährlicher Reizstoffe führt.